

<http://www.inwent.org/ez/articles/182772/index.de.shtml>

Protester in Copenhagen in December 2009. © picture-alliance/dpa

[Interview mit Thomas Loster]

„25 Länder reichen nicht“

Nach dem Scheitern des Gipfels von Kopenhagen stellt sich die Frage, was die internationale Klimadiplomatie überhaupt erreichen kann. Thomas Loster von der Münchener Rück Stiftung wägt im Interview die Aussichten für den nächsten Gipfel im Dezember in Cancún ab.

E+Z
giz

Verwandte Themen

- Klimawandel und Verlust der Artenvielfalt verstärken sich wechselseitig, warnt UNEP Chef
- Der vielversprechende Start des Adaptation Fund des UNFCCC
- Brasilien hofft auf Einnahmen durch internationales Forstschutz-Regime

Was muss in Cancún als Ergebnis mindestens herauskommen, damit die Hoffnung, den globalen Temperaturanstieg auf zwei Grad zu begrenzen, nicht endgültig aufgegeben werden muss?

Das 2-Grad-Ziel ist international bereits mehr oder weniger als Kenngröße anerkannt, eine verbindliche Verständigung darauf wäre der Maximalerfolg. Denn dann ließe sich ausrechnen, wie viel alle Länder noch emittieren dürften. In die Atmosphäre passen nur noch 750 Gigatonnen CO₂, bei gleichen Emissionsrechten für jeden Menschen stünde also fest, wie viel jedes Land noch emittieren darf. Den Rest könnte man über den Emissionshandel regeln. In Cancún können wir aber wohl nur mit einer Übereinkunft bezüglich der weiteren Vorgehensweise – eine weitere Road Map – rechnen. Wenn das gelingt, wäre das in meinen Augen schon ein Erfolg.

Welcher Fortschritt ist in Sachen Adaption an den Klimawandel realistisch möglich?

Das differiert von Land zu Land. Mittlerweile wird international der hohe Stellenwert von Adaption – neben dem der Mitigation – verstanden. Es wird auch an entsprechenden Konzepten gearbeitet. Die NAPAs (National Adaptation Plan of Action) für die am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) sind ein Beispiel. Auch fließen erste Gelder für Anpassungsmaßnahmen, zum Beispiel das in Kopenhagen zugesagte „Fast Track Money“. Wenn Länder eine eigene, starke Strategie entwickeln, wie das Bangladesch derzeit tut, dann stehen die Chancen gut. Aber weltweit gesehen stehen wir noch am Anfang.

Im Jargon der Klimapolitik steht REDD für „Reducing Emissions

from Deforestation and Forest Degradation“. Was ist hier zu erwarten?

Ich bin froh, dass das Thema zunehmend behandelt wird, machen die Emissionen aus dem Waldsektor doch rund 20 Prozent der jährlichen anthropogenen Treibhausgasemissionen aus – mehr als die gesamten Emissionen der EU. Allerdings wird das Thema nach wie vor sehr kontrovers diskutiert. REDD hat in Kopenhagen etwas Rückenwind bekommen. Wenn in technischen Gremien eine Einigung über nachhaltiges Waldmanagement erreicht wird, und die Beschlüsse oder gar konkrete Forderungen in den finalen Protokollentwurf geschrieben werden, kann man zufrieden sein.

Was ist aus Gerechtigkeitsgründen mindestens erforderlich?

Wichtige Prinzipien der Gerechtigkeit sind eigentlich längst bekannt – etwa die Befriedigung von Grundbedürfnissen aller Menschen oder faire Handlungschancen für künftige Generationen. Diese Prinzipien müssen nur voll berücksichtigt werden. Eben sprachen wir von REDD: Rund 60 Millionen Angehörige indigener Völker sind auf den Wald angewiesen. Werden diese Menschen adäquat berücksichtigt? Im Kontext der Klimaverhandlungen halte ich es für wichtig, gerechte und transparente Verfahren unter Beteiligung aller teilnehmenden Länder als Maxime zu respektieren. Beim Klimagipfel in Kopenhagen waren im Endspurt gerade einmal rund 25 Länder am Entwurf der Schlussvorlage beteiligt. Das reicht nicht. Also war fast absehbar, dass es kein befriedigendes Ergebnis geben konnte.

Wer könnte die internationale Führungsrolle übernehmen, wo US-Präsident Barack Obama offenbar innenpolitisch gelähmt ist?

In Kopenhagen wurde allen deutlich vor Augen geführt, dass der Klimagipfel eigentlich ein Wirtschaftsgipfel ist und die G2 – USA und China – haben demonstriert: Wir haben das Sagen! Ohne USA oder China kommen wir nie ans Ziel. Europa muss versuchen, eine stärkere Rolle zu spielen. Wenn wir es nicht schaffen, von einer G2 zu einer G3 oder G3+ zu kommen, wird es schwer, am Ende überhaupt ein Ergebnis zu erzielen. Deutschland hatte einmal einen sehr guten Ruf, wenn es um die Initiative in Sachen Klimaschutz ging. Wenn das wieder so werden soll, muss sich die schwarz-gelbe Bundesregierung deutlich mehr einsetzen, als sie es bisher tut.

Die Fragen stellte Hans Dembowski.

Thomas Loster

ist Geschäftsführer der Münchener Rück Stiftung und Mitglied im Beirat von E+Z/D+C. Die Stiftung hat zusammen mit Misereor die interdisziplinäre Studie „Global aber gerecht“ zum Umgang mit dem Klimawandel finanziert. Das Buch ist kürzlich bei CH Beck erschienen.
»» tloster@munichre-foundation.org

Mehr zum Thema

»» [Mehr zum Thema Klima, Energie](#)

»» Mehr zum Thema Organisationen, Institutionen (International)

■ E+Z, 2010/11, Debatte, Seite 436

[Drucken] [Top] [Impressum]

© E+Z 2007 - 2011